

Mitteilung
des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Europa

Bericht über aktuelle europapolitische Themen

Schreiben des Innenministeriums vom 23. Juni 2026, Az.: IM-L:

Anbei übermittle ich Ihnen den Bericht an den Landtag über aktuelle europapolitische Themen für das 1. Quartal 2026.

Hagel
Minister des Inneren,
für Digitalisierung und Europa

Bericht an den Landtag von Baden-Württemberg
über aktuelle europapolitische Themen
1. Quartal 2026

I. Europapolitische Schwerpunktthemen.....	2
Bilaterale Gespräche von Ministerpräsident Kretschmann in Brüssel sowie Neujahrsempfang der Landesregierung.....	2
Schweiz.....	3
II. Laufende europapolitische Themen	3
Bundesrat.....	3
Expertenmission nach Finnland vom 16. – 20. März 2026.....	4
Auftakt der Asien-Pazifik-Dialogreihe.....	4
Dynamischer Europapool	5
Europaöffentlichkeitsarbeit	5
III. Grenzüberschreitende und interregionale Zusammenarbeit	6
Frankreich	6
Liechtenstein	6
Internationale Bodensee-Konferenz (IBK)	6
Makroregionale Strategien	8
IV. Entwicklungspolitik.....	8
Burundi.....	8

I. Europapolitische Schwerpunktthemen

Bilaterale Gespräche von Ministerpräsident Kretschmann in Brüssel sowie Neujahrsempfang der Landesregierung

Thematische Schwerpunkte des Besuchs von Ministerpräsident Kretschmann am 26./27. Januar 2026 in Brüssel waren Sicherheit und Verteidigung sowie handelspolitische Fragen.

Ministerpräsident Kretschmann traf NATO-Generalsekretär Mark Rutte. Dabei betonte Ministerpräsident Kretschmann die zunehmende Rolle des Landes beim Thema Verteidigungsforschung und -wirtschaft. Baden-Württemberg, so Ministerpräsident Kretschmann, wolle seinen Beitrag leisten für ein starkes und sicheres Europa.

Im Gespräch mit EU-Kommissar Andrius Kubilius standen ebenfalls die Themen Verteidigungsforschung, Verteidigungswirtschaft sowie Luft- und Raumfahrt auf der Agenda. Mit seinen vielen Unternehmen und Forschungseinrichtungen ist Baden-Württemberg einer der wichtigsten Standorte für Sicherheit und Verteidigung.

Gespräche des Ministerpräsidenten Kretschmann und von Europa-Staatssekretär Florian Haßler mit der Vorsitzenden der Fraktion Die Grünen/EFA im Europäischen Parlament, MdEP Terry Reintke, und mit dem Europaabgeordneten Daniel Caspary (CDU/EVP) zu aktuellen handelspolitischen Fragen, einschließlich des Mercosur- und des EU-Indien-Abkommens, rundeten den Besuch in Brüssel ab.

Mit dem Europastaatsminister im Auswärtigen Amt, Gunther Krichbaum, MdB (CDU), tauschte sich Ministerpräsident Kretschmann im Vorfeld des Neujahrsempfangs zu aktuellen europapolitischen Fragen aus.

Im Rahmen des Neujahrsempfangs am 26. Januar 2026 hielt Ministerpräsident Kretschmann vor rund 500 Gästen eine europapolitische Grundsatzrede. Darin unterstrich er, dass die EU ihre wirtschaftliche, technologische und politische Souveränität nur durch enge Zusammenarbeit, Föderalismus und Subsidiarität sichern könne. Kooperation sei das Schicksal Europas. Dazu seien offener Handel, internationale Verträge und Zusammenarbeit – auch über EU-Grenzen hinaus – zentrale Voraussetzungen für Stabilität und Frieden. Es brauche zudem eine vereinfachte Regulierung und mutige Investitionen in Zukunftstechnologien.

Schweiz

Herr Ministerpräsident Kretschmann nahm auf Einladung der Konferenz der Kantonsregierungen am 36. Regierungsseminar der ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit in Interlaken teil. Die Konferenz befasste sich unter anderem mit der Entwicklung der Demokratie und der Frage, wie deren Resilienz, Teilhabe und Handlungsfähigkeit in einem sich wandelnden politischen Umfeld gesichert werden können. Herr Ministerpräsident Kretschmann sprach sich dabei für eine aktive Bürgerbeteiligung aus, die Bürgerinnen und Bürger einbindet und zum Mitmachen einlädt. Baden-Württemberg unterhält auch seit vielen Jahren einen regen Austausch zur Demokratieentwicklung mit der Schweiz, insbesondere über die zweijährlichen Demokratiekonferenzen, die gemeinsam mit dem Kanton Aargau ausgerichtet werden.

Im Mittelpunkt eines Empfanges stand zudem der Austausch mit den Grenzkantonen über die langjährige grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Herr Ministerpräsident Kretschmann führte am Rande der Konferenz auch ein Gespräch mit dem Ministerpräsidenten der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Belgien, Herrn Paasch. Gemeinsames Thema waren die Bürgerdialoge in Ostbelgien.

II. Laufende europapolitische ThemenBundesrat

Am 6. März beschloss der Bundesrat auf Initiative des Landes hin eine im Grundsatz begrüßende Stellungnahme zum „Europäischen Schutzschild für die Demokratie“ (BR-Drucksache 797/25 (Beschluss)). Der Bundesrat würdigt resiliente Demokratien als Anker unseres sozialen Zusammenhalts, der europäischen Sicherheit, des Friedens, Wohlstands und der Wettbewerbsfähigkeit. Dabei mahnt er vor dem Hintergrund der aktuellen Bedrohungslage noch weitergehende Maßnahmen an. Der Aufbau demokratischer Widerstandsfähigkeit erfordere verstärkte Anstrengungen auf allen Regierungsebenen, wobei die Expertise der Länder vor Ort genutzt werden könne. Hervorgehoben wird das Engagement der Länder durch den Ausbau von Monitoring- und Analysekapazitäten bei den Landesämtern für Verfassungsschutz sowie Maßnahmen zur Sensibilisierung der Polizeien und zur Information der Öffentlichkeit durch die Sicherheitsbehörden. Neben der vollständigen Umsetzung des „Digital Services Act (DSA)“ fordert er eine adäquate Ausstattung der Bundesnetzagentur, um eine effektive und effiziente Zusammenarbeit mit den Landesmedienanstalten zu gewährleisten. Diskussionen um Verbote von Sozialen Medien für Kin-

der und Jugendliche verfolge der Bundesrat dabei mit Interesse. Die Kommission wird zudem dazu aufgefordert, sich für den Schutz von Forschenden, die Online-Plattformen untersuchen, einzusetzen. Der Bundesrat fordert darüber hinaus zu einer engen Zusammenarbeit mit den Kandidatenstaaten im Rahmen des Demokratieschildes auf. Internationalen Desinformationskampagnen könne nur durch grenzüberschreitende Medienangebote begegnet werden. Abschließend verweist er auf Initiativen der Länder über Fortbildungsangebote für Lehrkräfte, der schulischen, Erwachsenen- und Elternbildung.

Expertenmission nach Finnland vom 16. – 20. März 2026

Auf Anregung des Botschafters Finnlands informierte sich eine Expertenmission aus Baden-Württemberg vom 16.-20.03.2026 in Helsinki und Oulu zu den Themen Sicherheit, Verteidigung und ziviler Bevölkerungsschutz. Vertreterinnen und Vertreter baden-württembergischer Ministerien, der Cybersicherheitsagentur Baden-Württemberg, des Landeskommmandos Baden-Württemberg, der Polizei Baden-Württemberg, der Universitätsklinika Freiburg und Ulm, der Hochschule Albstadt-Sigmaringen, von Baden-Württemberg International, des DLR sowie von Tesat nahmen am German-Finnish Defense Dialogue teil, besuchten Einrichtungen des Zivilschutzes und führten zahlreiche Fachgespräche. Finnland gilt europaweit als modellhaft mit einem gesellschaftlich breit verankerten Zivilschutz und einer hohen Resilienz.

Auftakt der Asien-Pazifik-Dialogreihe

Die dynamische Asien-Pazifik-Region gewinnt zunehmend an geopolitischem Gewicht und strategischer Bedeutung. Mit den im vergangenen Jahr beschlossenen Asien-Pazifik-Leitlinien trägt die Landesregierung zur Diversifizierung vor Ort bei. Zur Umsetzung der Asien-Pazifik-Leitlinien wurde 2026 die Pilotphase für eine interdisziplinäre Asien-Pazifik-Dialogreihe gestartet. Sie dient als zentrale Plattform für strategischen Austausch, praxisorientierte Diskussionen, Kompetenzaufbau und Vernetzung von Akteurinnen und Akteuren aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik.

Im Rahmen der Asien-Pazifik-Dialogreihe wurden Praxisbeispiele zahlreicher Unternehmen sowie erfolgreiche Spin-Offs aus der Wissenschaft vorgestellt. Eine Veranstaltung widmete sich dem Thema Künstliche Intelligenz mit Praxisbeispielen aus Südkorea, Vietnam und China. Eine Abendveranstaltung brachte alle in Baden-Württemberg vertretenen Vereinigungen zur Asien-Pazifik-Region zusammen.

Dynamischer Europapool

Seminar

Am 26. Februar fand das „EU-Basic-Seminar“ für Bau-Referendarinnen und Referendare von Vermögen und Bau Baden-Württemberg statt. Ziel des Seminars war es, den 25 Teilnehmenden Grundlagenwissen zur Europäischen Union (Die europapolitische Arbeit des Landes) zu vermitteln.

Europa in der Mittagspause

Am 9. Februar hat die elfte Ausgabe der digitalen Veranstaltungsreihe „Europa in der Mittagspause“ stattgefunden. Dabei berichtete ein Pool-Mitglied von ihrer Poolverwendung bei der Generaldirektion Migration und Inneres der Europäischen Kommission.

Europaöffentlichkeitsarbeit

Neujahrsempfang der Europaverbände

Am 23. Januar 2026 fand im Neuen Schloss in Stuttgart der traditionelle Neujahrsempfang der Europaverbände in Baden-Württemberg statt. Die Festreden hielten Staatssekretär Florian Haßler sowie Wolfgang Bücherl, Leiter der Regionalvertretung der Europäischen Kommission für Baden-Württemberg und Bayern. Der Empfang bot den baden-württembergischen Europaverbänden Gelegenheit, gemeinsam auf das europapolitische Jahr 2026 zu blicken und die Bedeutung zivilgesellschaftlichen Engagements für ein starkes, handlungsfähiges und bürgernahes Europa hervorzuheben.

Gemeinsamer Auftakt der EUROPE DIRECT Zentren

Zum Start der neuen Förderperiode des EUROPE DIRECT Netzwerks 2026-2030 hat sich das Staatsministerium mit den fünf EUROPE DIRECT Zentren im Land (Friedrichshafen, Karlsruhe, Ostalb, Stuttgart, Ulm) zu einem Auftaktgespräch getroffen. Der Austausch fand am 5. Februar 2026 in der Villa Reitzenstein in Stuttgart statt. Das Treffen markierte den offiziellen Auftakt für die Planung gemeinsamer Projekte im Jahr 2026, mit einem klaren Ziel: Europa auch in der neuen Förderperiode für die Menschen in Baden-Württemberg erlebbar zu machen und vorhandene Kooperationsansätze weiter zu konkretisieren.

UAG-Workshop

Am 6. März 2026 fand ein moderierter Ideen-Workshop mit den Mitgliedern der Unterarbeitsgruppe der Europapolitischen Kommunikation und der EU-KOM statt. In diesem Rahmen wurden Ideen für gemeinsame Projekte entwickelt. Dabei wurden zwei Projektideen für Kinder und Jugendliche im Alter von etwa 11 bis 14 Jahren (6-8. Klasse) herausgearbeitet: ein „EscapeGame“ sowie ein „Europabuffet“.

III. Grenzüberschreitende und interregionale ZusammenarbeitFrankreich

Der deutsch-französische Ausschuss für grenzüberschreitende Zusammenarbeit (AGZ) tagte am 22. Januar 2026 in Colmar (Frankreich) unter der Leitung der beiden Beauftragten für deutsch-französische Zusammenarbeit. Er beschloss das Mandat einer neuen AGZ-Arbeitsgruppe „Gesundheitskorridor im deutsch-französischen Grenzraum“ sowie eine maßgeblich von Baden-Württemberg vorangetriebene Stellungnahme zur Vereinfachung der Entsendung von Arbeitnehmern zwischen Frankreich und Deutschland. Staatssekretär Florian Haßler nahm wie in der Vergangenheit für Baden-Württemberg an der Sitzung teil.

Liechtenstein

Ministerpräsident Kretschmann empfing gemeinsam mit Staatssekretär Florian Haßler am 23. April 2026 die Regierungschefin von Liechtenstein in der Villa Reitzenstein zum Gespräch. Themen des Austauschs waren die enge grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Internationalen Bodensee-Konferenz, die Digitalisierung der Verwaltung und Verwaltungsmodernisierung sowie wirtschaftliche Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Baden-Württemberg und Liechtenstein verbindet eine vertrauensvolle nachbarschaftliche Kooperation.

Internationale Bodensee-Konferenz (IBK)

Im Jahr 2026 hat Zürich den Vorsitz der Internationalen Bodenseekonferenz übernommen. Der Kanton hat sein IBK-Vorsitzjahr am 15. Januar mit einer digitalen Auftaktveranstaltung zur Studie „IBK 2050 – Zukunftsbilder zum Weiterdenken“ eröffnet. Die Studie greift zentrale Megatrends wie z.B. Klimawandel,

demografische Entwicklung oder geopolitische Spannungen auf und leitet daraus fünf Zukunftsbilder für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bodenseeraum ab. Die Studie liefert bewusst keine Prognosen, sondern soll als Grundlage für die Diskussion und das Weiterdenken möglicher Entwicklungen bis 2050 dienen. Sie wird zu diesem Zweck in verschiedenen IBK-Formaten im Vorsitzjahr aufgegriffen, darunter z.B. beim Spezialmodul der IBK-Verwaltungsakademie im November.

Am 12. März 2026 fand die erste Sitzung des Ständigen Ausschusses in Zürich statt. Behandelt wurde dabei die Einführung einer Schiffsmelde- und -reinigungspflicht (SMRP) am Bodensee. Hintergrund ist das Ziel, den See vor der Einschleppung invasiver Arten zu schützen. Die IBK Kommission Umwelt hat die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Umsetzung einer SMRP untersucht. Sie kam zum Ergebnis, dass eine Änderung der Bodensee-Schiffahrts-Ordnung (BSO) am zielführendsten für eine grenzüberschreitende Regelung wäre. Parallel zu diesen rechtlichen Abklärungen untersucht eine vom Umweltministerium Baden-Württemberg beauftragte Studie, ob die Einführung einer SMRP eine geeignete, erforderliche und verhältnismäßige Maßnahme darstellt, um die Einschleppung weiterer Neobiota in den Bodensee zu verhindern bzw. zu minimieren. Da die Quagga-Muschel am Bodensee bereits weit verbreitet ist, lässt sich eine SMRP nicht mit dem Schutz vor dieser eingewanderten Art begründen. Die Studienergebnisse werden im Sommer 2026 erwartet.

Der Ständige Ausschuss befasste sich außerdem mit der wirtschaftspolitischen Positionierung des Bodenseeraums. Der Internationale Bodenseeraum ist ein starker Wirtschafts- und Innovationsraum mit enormer Lebensqualität und vielfältigen Landschaften. Er erzielt eine vergleichbar große Wirtschaftsleistung wie ein mittlerer EU-Staat. Auf nationaler und europäischer Ebene wird er als eigenständige Region jedoch kaum wahrgenommen, was dazu führt, dass er bei relevanten politischen Entscheidungen häufig nicht ausreichend berücksichtigt wird. Die IBK hat daher die Kampagne „The Lake to B.“ entwickelt, mit der sie den Bodenseeraum als wirtschaftlich starken, innovativen und international vernetzten Raum aktiv nach außen kommuniziert. Die Kampagne soll weiterentwickelt werden. Einerseits soll die Schärfung des Profils als Industrie- und Innovationsraum, andererseits eine Ausweitung auf weitere IBK-Themenfelder wie Wissenschaft, Mobilität und Kultur erfolgen. Als prioritäre Zielgruppen wurden die nationale und europäische Politik sowie regionale Akteure wie Verbände und Unternehmen identifiziert. Im nächsten Schritt werden auf dieser Basis konkrete Maßnahmenvorschläge erarbeitet.

Makroregionale Strategien

EU-Strategie für den Donaauraum (EUSDR)

Am 5. März 2026 fand der elfte Donausalon statt, der in diesem Jahr im Zeichen eines doppelten Jubiläums stand: 15 Jahre EU-Strategie für den Donaauraum (EUSDR) sowie 20 Jahre Engagement Baden-Württembergs für die europäische Zusammenarbeit im Donaauraum.

Das Staatsministerium richtete den Donausalon gemeinsam mit der Republik Bulgarien, die 2026 die Präsidentschaft der EUSDR innehat, sowie mit Unterstützung der Landesvertretung Baden-Württemberg in Berlin aus. Unter den rund 500 Gästen waren zahlreiche Botschafterinnen und Botschafter der Donauländer sowie Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und Gesellschaft.

Herr Minister Winfried Hermann eröffnete die Veranstaltung. Seiner Rede schloss sich eine Diskussionsrunde mit Dr. Jonathan Loeffler, Geschäftsführer des Steinbeis Europa Zentrums, Vyara Mincheva, Nationale Koordinatorin für die EU-Strategie für den Donaauraum im bulgarischen Ministerium für regionale Entwicklung und öffentliche Arbeiten, Sebastian Schäffer, Direktor des Instituts für den Donaauraum und Mitteleuropa in Wien sowie Svetoslav Stoynev, Direktor im Ministerium für Tourismus der Republik Bulgarien. Zudem präsentierten verschiedene Donauinstitutionen und -länder ihre Arbeit und Projekte. Mit einem Konzert des Trios „Swinging Pockets“ klang der Abend aus.

EU-Strategie für den Alpenraum (EUSALP)

In München fanden am 4. und 5. Februar 2026 Sitzungen des Exekutivausschusses und des Lenkungsausschusses der Aktionsgruppenleiter der EUSALP statt. Diese Veranstaltungen markierten den offiziellen Beginn der bayerischen Präsidentschaft der EUSALP für das Jahr 2026.

Während der Sitzungen wurde ein wichtiger Schritt zur Stärkung der Zusammenarbeit und regionalen Kohäsion in der Alpenregion gemacht. Der Exekutiv-ausschuss billigte den Arbeitsplan für mehrere Aktionsgruppen, der die Grundlage für die Arbeit im kommenden Jahr bildet.

IV. Entwicklungspolitik

Burundi

Am 5. Februar 2026 tagte zum 12. Mal der Burundi-Rat, ein vom Staatsministerium seit 2023 koordiniertes Gremium zur Landespartnerschaft von Baden-

Württemberg und Burundi. In der Sitzung des Burundi-Rates haben die Mitglieder eine Bilanz ihrer Aktivitäten in der Landespartnerschaft in der aktuellen Legislaturperiode gezogen. Dies unterstreicht die große Dynamik und den nachhaltigen Erfolg der Partnerschaft:

Die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ) hat ihre Rolle als zentrale Anlaufstelle weiter gefestigt, das Akteursnetzwerk ausgebaut und mit dem Verbindungsbüro in Bujumbura (seit 2023) die Partnerschaft vor Ort gestärkt. Die Förderlinie „bwirkt! Burundi“ leistet hierzu einen maßgeblichen Beitrag. Zudem wird über die SEZ das Deutschzentrum an der Université du Burundi gefördert.

Die Burundische Diaspora Deutschland (BDD) hat sich als wichtige Brückenbauerin zwischen Baden-Württemberg und Burundi etabliert. Sie verbindet interkulturelle Vermittlung, etwa an Schulen und bei der Messe Fair Handeln, mit konkreter Entwicklungsarbeit, z. B. durch die Unterstützung der Berufsschule ETS Kamenge.

Mit der Académie de l'Amitié, getragen von der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart und der Evangelischen Akademie Bad Boll, ist ein innovatives Kooperationsformat entstanden, das seit 2025 14 Tandems aus beiden Regionen zusammenbringt. Die Projekte reichen von Bildung und Gesundheit bis Nachhaltigkeit und Kultur. Mit dem Förderinstrument „Tandem 2.0“ der Stiftung Weltkirche wird die Umsetzung der Projekte ermöglicht.

Im Cluster Agroforst konnte WeltPartner schafft Zukunft eG, wissenschaftlich begleitet durch die Hochschule Rottenburg und die Université du Burundi, die Anzahl der beteiligten Kleinbauernfamilien auf 13.500 erhöhen. Insgesamt wurden bisher 1,06 Mio. Setzlinge gepflanzt. Ergänzt wird die Arbeit des Clusters durch weitere Projekte und Schulungsmaßnahmen von AgrarKontakte International e.V. (AKI) und dem Genossenschaftsverband Baden-Württemberg.

Im Cluster Gesundheit wurden unter der Leitung der Morpho Foundation, in Kooperation mit dem Roten Kreuz Burundi, an 140 Schulen Erste-Hilfe-Strukturen etabliert. Derzeit wird ein Folgeprojekt unter Beteiligung des DRK Landesverbands Baden-Württemberg entwickelt. Im Rahmen der langjährigen Partnerschaft des Fördervereins Ortenau-Burundi konnte die Infrastruktur des Krankenhauses Kayanza weiter ausgebaut werden.

Im Cluster Friedensarbeit und Versöhnung stärken die Universität Freiburg, burundische Universitäten, die Diözesen Rottenburg-Stuttgart, Freiburg sowie Bururi die Netzwerke der Friedensarbeit, qualifizieren Multiplikatoren und bauen mit dem Friedenszentrum in Nyanza Lac sowie dem geplanten Friedens-

institut GIPRES-Mont Sion langfristige Strukturen auf. Auch der Jugendkongress „Youth for Peace Africa“ setzt wichtige Impulse für die interregionale Friedensarbeit (Burundi, Ruanda und DR Kongo).

Das Cluster Kommunale Partnerschaften und Governance wird durch den Städtetag Baden-Württemberg koordiniert und schafft nachhaltige Strukturen in Verwaltung und Ausbildung. Die Hochschule Kehl entwickelt auf Grundlage ihrer seit 2023 bestehenden Partnerschaftsvereinbarung mit der Université du Burundi einen Masterstudiengang im Bereich Verwaltungsmanagement in Burundi zum Aufbau kommunaler Kompetenzen.

Im Cluster Schulinitiative Amahoro Burundi fördert das Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung Baden-Württemberg (ZSL), unterstützt durch das EPiZ Reutlingen, die Entstehung neuer Schulpartnerschaften und entwickelt Angebote für die Vernetzung und Zusammenarbeit von Bildungseinrichtungen.

Das Cluster Klima befindet sich im Aufbau. Die Klimaschutzstiftung Baden-Württemberg, atmosfair gGmbH und die SEZ prüfen die Möglichkeiten und Rahmenbedingungen für zukünftige Projekte in Burundi.